

LAND TAGS KURIER



Seite 4:
Für eine zukunftsfähige
und nachhaltige
Landwirtschaft



Seite 13:
Veranstaltung zum
Gedenken an die Opfer
des Nationalsozialismus



Seite 20:
Neue Sächsische Galerie
präsentiert Werke der
Flachdrucktechnik

Ausgabe
1.15



Sächsischer Landtag



Foto: S. Giersch

Liebe Bürgerinnen,
liebe Bürger,

in der 8. Sitzung wurde der Entwurf des Haushaltsplanes des Freistaates Sachsen für die Jahre 2015 und 2016 von der Staatsregierung in den Landtag eingebracht. Damit haben die Haushaltsberatungen ihren Anfang genommen. Durch die Aufnahme des Neuverschuldungsverbotes in die Verfassung des Freistaates Sachsen hat der Landtag 2013 über Fraktions- und Koalitionsgrenzen hinaus noch einmal deutlich signalisiert, dass in Sachsen keine Politik zulasten unserer Kinder und Enkel gemacht werden kann. Vielmehr müssen wir den heranwachsenden und nachfolgenden Generationen dieselbe Lebensqualität und dieselben Lebenschancen zugestehen, die wir für uns selbst beanspruchen und in unserem Land in Anspruch nehmen können.

Mit einer gemeinsamen Veranstaltung im Plenarsaal des Sächsischen Landtags gedachten Parlament und Staatsregierung am 27. Januar 2015 der Opfer des Nationalsozialismus. Der Tag der Befreiung des Konzentrations- und Vernichtungslagers Auschwitz-Birkenau und das Ende des Zweiten Weltkriegs vor 70 Jahren kamen für Millionen von Menschen zu spät. Mit jedem einzelnen Leben wurden Werte zerstört, die Kultur und Zivilisation im Laufe vieler Jahrhunderte geschaffen hatten.

Vor diesem Hintergrund kann es uns nicht genügen, in der jährlichen Gedenkstunde die verschiedenen Dimensionen der nationalsozialistischen Verbrechen aufzuzeigen und einzelne Schicksale in die Erinnerung zurückzurufen. Wir dürfen nicht vergessen, dass der Holocaust auch in Dresden und in Leipzig, in Sachsen, in Deutschland seinen Anfang genommen hat. Damals entstand schon vorher ein Klima der Polarisierung, der Ausgrenzung und der Menschenverachtung.

Auch deshalb wird es weiterhin unsere Aufgabe sein, die Integrationskraft unserer Gesellschaft und ihre Dialogfähigkeit – auch im Spannungsfeld gegensätzlicher Positionen – sowohl auf der Ebene des Parlaments als auch im außerparlamentarischen Bereich und innerhalb demokratischer Gremien weiter zu stärken.

Dr. Matthias Röbler
Präsident des Sächsischen Landtags

PLENUM

6. Sitzung des Sächsischen Landtags
Sächsische Landwirtschaft weiter unterstützen
CDU und SPD setzen sich für Zukunftsfähigkeit und Nachhaltigkeit ein 4
6. Sitzung des Sächsischen Landtags
Friss oder stirb?
DIE LINKE: Kein freier Handel ohne Verbraucherschutz und Rechtsstaatlichkeit 6
7. Sitzung des Sächsischen Landtags
Wie kann der Bürgerdialog gelingen?
CDU und SPD für eine demokratische Kultur in Sachsen 7
7. Sitzung des Sächsischen Landtags
Honig im Kopf?
Die AfD fragt nach dem Stellenwert der Polizei in Sachsen 9
8. Sitzung des Sächsischen Landtags
Solide Finanzpolitik für Sachsen
Doppelhaushalt für die Jahre 2015 und 2016 zur Beratung eingebracht 10

AKTUELLES

- Neujahrsempfang im Sächsischen Landtag**
Landtagspräsident für mehr Stabilität und weniger Polarisierung 12

PARLAMENT

- Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus:**
Politiker fordern Fürsorge und Wachsamkeit 14

SONDERTHEMA

- Von der Gruppe der 20 zum Bürgermeisteramt**
Herbert Wagner 16

AUSSTELLUNG

- Flachdruck – alles andere als »flach«** 20

GESCHICHTE

- »Auch heute blieb das Land unberathen.«**
Tagebucheintragungen zum Landtag 1824 22

SERVICE

- Weitere Informationen 24

// Titel: Veranstaltung zum Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus // Foto: S. Giersch



Plenarsitzungen zu Landwirtschaft, Demokratiekultur und Doppelhaushalts-Entwurf

Foto: S. Giersch

// Die Aktuelle Debatte zur Gestaltung einer zukunftsfähigen und nachhaltigen Landwirtschaft bildete einen Schwerpunkt der 6. Sitzung des Sächsischen Landtags. Die 7. Sitzung befasste sich u. a. mit der Frage, in welcher Form der direkte Dialog zwischen Politik und Bürgern als Mittel demokratischer Kultur zu gestalten sei. Der Doppelhaushalt 2015/2016 stand im Zentrum der 8. Sitzung. //



Sächsische Landwirtschaft w

CDU und SPD setzen sich für Zukunftsfähigkeit und Nachhaltigkeit ein

// Einen Schwerpunkt der 6. Sitzung des Sächsischen Landtags am 28. Januar 2015 bildete die Aktuelle Debatte zum Thema »Landwirtschaft für alle – zukunftsfähig und nachhaltig!« Beantworte hatten sie die Fraktionen von CDU und SPD. //

Uwe Nösner

Seine Fraktion, so Andreas Heinz, CDU, stehe in Sachsen zusammen mit vielen Landwirten aus großen und kleinen, aus konventionell und aus ökologisch wirtschaftenden Betrieben für ein zeitgemäßes, modernes und nachhaltiges Bild der Landwirtschaft. Leider werde über die Landwirtschaft in der Öffentlichkeit oft eine diffuse Diskussion geführt, die von Unwissenheit über die wirtschaftlichen Zusammenhänge und Zwänge, denen auch die Landwirte unterworfen seien, zeuge. Zudem sei der Bezug vieler Menschen zur Landwirtschaft verloren gegangen. Wenn wir in Deutschland weiterhin eine nachhaltige und bodenständige Landwirtschaft erhalten wollten, brauchten wir ein gesellschaftliches Klima, welches die Leistungen der Landwirte anerkenne, damit sich auch zukünftig noch junge Menschen für diesen Beruf entscheiden würden.

Ein Wirtschaftszweig

Nach Auffassung von Volkmar Winkler, SPD, seien die Rahmenbedingungen so auszugestalten, dass Landwirtschaft immer noch Landwirtschaft bleibe und dass der Landwirt davon leben könne. Bei der Diskussion werde immer wieder vergessen, dass Landwirtschaft Wirtschaft sei. Das müsse immer im Auge behalten werden. Eines der gro-

ßen Themen sei die Art und Weise der Nutztierhaltung. Es sei gut, dass darüber diskutiert werde. Es gebe bereits Veränderungen und durchaus auch Erfolge. Das mache deutlich, dass auch die Bauern großes Interesse am Wohl der Tiere hätten. Er persönlich mache sich aber Sorgen bezüglich der Entwicklung der industriellen Tierhaltung und der sogenannten Megaställe. Das sehe er sehr kritisch. Jedoch entspreche die in der Öffentlichkeit zugespitzte Auffassung, dass größere Betriebe an sich nicht tierwohlgerecht arbeiten würden, nicht den Tatsachen.

Problem Stickstoff

Kathrin Kagelmann, DIE LINKE, thematisierte in ihrem Beitrag die Stoffeinträge in Boden, Luft und Wasser. Diese überschritten im Einzelfall nach wie vor die ökologische Belastungsgrenze. Ein Hauptmittelpunkt sei die Landwirtschaft. Darüber gelte es zu reden. Der Waldzustandsbericht sei gerade wieder übermittelt worden. Auch dort zeige es sich wieder: Stickstoff sei ein Problem für das Ökosystem, das eine immer aufwendigere und teurere Symptombehandlung erfordere. Inzwischen habe auch der Sachverständigenrat für Umweltfragen ein neues Gutachten vorgelegt. Dort fordere er zum wiederholten Mal eine nationale Stickstoffstrategie. Er gehe davon aus, dass eine Halbierung der Stickstoffeinträge notwendig sei, wenn man nationale und europäische Qualitätsziele überhaupt noch erreichen wolle.

Realitätsferne

Jörg Urban, AfD, bewertete eine zukunftsfähige und nachhaltige Landwirtschaft für alle als einen Anspruch, der weit von der Realität in den ländlichen Regionen Sachsens entfernt sei. Die Strukturen der kollektiven Landwirtschaft prägten auch 25 Jahre nach der Wiedervereinigung die Produktion. Der überwiegende Teil der LPGs sei in Agrar-genossenschaften umgewandelt worden, sodass auch heute ein Großteil der Landwirtschaftsflächen von Betrieben mit mehreren Tausend Hektar Betriebsgröße bewirtschaftet werde. Die Synergieeffekte großer Flächen, aber auch der technische Fortschritt führten dazu, dass immer weniger Menschen in ländlichen Regionen ein auskömmliches Einkommen in der Landwirtschaft finden könnten. Nicht zuletzt beeinträchtigte die sogenannte Energiewende den ländlichen Raum mit Windrädern und Monokulturen von Energiepflanzen negativ. Die Wohnqualität und die touristische Attraktion der ländlichen Regionen Sachsens seien am Sinken.



// Thomas Schmidt

Dabei sollte man sich auf Fakten, nicht auf Vorurteile stützen.

6. Sitzung des Sächsischen Landtags

Fotos: S.Giersch

eiter unterstützen



// Andreas Heinz

// Volkmar Winkler

// Kathrin Kagelmann

// Jörg Urban

// Wolfram Günther

Wachstumsbremse

Wolfram Günther, GRÜNE, bezeichnete den Landwirtschaftsbereich in Sachsen als eine Wachstumsbremse. Er habe sich nämlich seit 1990 nicht entwickelt. Die Bruttowertschöpfung liege dort konstant bei unter einer Milliarde Euro, während die sonstige Wirtschaftsentwicklung gestiegen sei. Sachsen habe einen Anteil an der landwirtschaftlichen Nutzfläche in Deutschland in Höhe von 5,4 Prozent, aber die Bruttowertschöpfung liege nur bei 4,5 Prozent, womit Sachsen trotz bester Böden 17 Prozent unter dem Bundesdurchschnitt liege. Während in dem mit Sachsen an Größe und Bevölkerungszahl vergleichbaren Rheinland-Pfalz ein Euro Subvention sieben Euro Wertschöpfung auslöse, seien es in Sachsen nur 2,66 Euro. Der Bundesdurchschnitt liege bei 3,31 Euro. Überhaupt lägen die Investitionen pro Hektar im Bundesdurchschnitt bei 568 Euro, in Rheinland-Pfalz bei 727 Euro, in Sachsen aber nur bei 484 Euro.

Fakten statt Vorurteile

Abschließend warb Thomas Schmidt, Staatsminister für Umwelt und Landwirtschaft, für einen sachlichen Umgang mit der Landwirtschaft. Das Thema werde häufig emotional diskutiert. Dabei sollte man sich auf Fakten, nicht auf Vorurteile stützen. Man könne nicht auf der einen Seite auf modernste Innovationen in vielen Bereichen stolz sein, auf der anderen Seite aber von der Landwirtschaft Produktionsweisen wie vor hundert Jahren verlangen, nur um die romantischen Vorstellungen heutiger Großstadtbewohner zu befriedigen. Der überwiegende Teil der Landwirte pflege einen sehr verantwortungsvollen Umgang mit Tieren und Böden. Das sei unabhängig von Größe, Eigentumsform und wirtschaftlicher Ausrichtung der Betriebe. 3.000 landwirtschaftliche Betriebe wendeten freiwillig Agrarumweltmaßnahmen an, 40 Prozent der Flächen würden auf diese Weise besonders umweltgerecht bewirtschaftet. Mit mehr als 200 Millionen Euro habe der Freistaat seit 2007 Investitionen von Schweine-, Rinder- und Geflügelhaltern in moderne Ställe unterstützt, die das Wohl der Tiere steigerten. Die sächsischen Landwirte erreichten hohe Erträge und Bestleistungen in den Ställen. Das sei das Ergebnis guter Haltingsbedingungen und hoher fachlicher Kompetenz.



www.landtag.sachsen.de

Uwe Nösner

Friss oder stirb?

DIE LINKE: Kein freier Handel ohne Verbraucherschutz und Rechtsstaatlichkeit

6. Sitzung des Sächsischen Landtags

Foto: © Thomas Hansen – Fotolia.de

// Auf Antrag der Fraktion DIE LINKE hat die geplante Freihandelszone unter dem Titel »Kein freier Handel ohne Verbraucherschutz und Rechtsstaatlichkeit« auf der Tagesordnung der 6. Sitzung des Sächsischen Landtags am 28. Januar 2015 gestanden. //

Freier Handel, so Nico Brünler, DIE LINKE, setze Transparenz, Informationsfreiheit und Freiwilligkeit voraus. Diese seien gerade mit Blick auf das Transatlantische Freihandelsabkommen (TTIP) von Anfang an in Gefahr. Es gehe um die Art und Weise, wie die Verhandlungen stattfänden, und darum, was durchsickere. Bisher hätten die Geheimverhandlungen hinter verschlossenen Türen stattgefunden. Das Ergebnis werde irgendwann präsentiert nach dem Motto »Friss oder stirb«. Beim TTIP, so Sebastian Fischer, CDU, gehe es um den Abbau von Bürokratie und Handelshemmnissen. Der deutsche Verbraucher könne davon ganz explizit profitieren. Dazu zählten niedrigere Preise durch höheren Marktdruck, größere Produktvielfalt und natürlich ein zusätzliches Einkommen der Volkswirtschaft, denn diese lebe vom Export. Das von sei-

nem Vorredner angekündigte Szenario »Friss oder stirb« finde auf diese Weise nicht statt.

Schranken abbauen

Harald Baumann-Hasske, SPD, vertrat die Auffassung, dass internationale Handelsabkommen grundsätzlich gebraucht würden, um Handelsschranken abzubauen, Freihandel zu ermöglichen und die Globalisierung richtig zu gestalten. Als positiv sei zu bewerten, dass sich auch die Zivilgesellschaft kritisch mit dem Vorhaben auseinandersetze und das Europäische Parlament im Fokus der Öffentlichkeit stehen werde, wenn über dieses Abkommen zu verhandeln sei. Dr. Stefan Dreher, AfD, bezeichnete die Schiedsgerichtsbarkeit als größtes Problem. Dabei würden in weitgehend geheimen Verhandlungen von Interessenver-

tretern Beschlüsse gefasst, die auch für die staatlichen Regierungen bindend seien. Regierungen müssten demzufolge ihre nationale Souveränität aufgeben, um nicht gegen das Handelsabkommen zu verstoßen. Diese Schiedsgerichtsklauseln seien verfassungswidrig und gehörten nicht in das Abkommen.

Keine Hysterie

Den Kritikern des TTIP, so Volkmars Zschocke, GRÜNE, werde unterstellt, sie wollten nur Hysterie schüren. Wer aber Fragen und Kritik aus der Bevölkerung als Hysterie abstemple, der wolle keinen offenen Dialog auf der Basis von Transparenz. Da das TTIP auch große Rele-

vanz für das öffentliche Leben in Sachsen haben werde, sei es notwendig, die kritische und zivilgesellschaftliche Auseinandersetzung mit diesen Verträgen auch auf parlamentarischer und landespolitischer Ebene zu unterstützen. Abschließend betonte Martin Dulig, Staatsminister für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr, er halte es für grundsätzlich richtig, Verträge zu schließen, um globale Prozesse politisch mitzugestalten. Was das TTIP betreffe, so müsse man bedenken, mit welchen großen Hoffnungen die Geltung der hohen europäischen Standards für viele Amerikaner verbunden sei. Jetzt müsse es darum gehen, diese Standards in den Verhandlungen so gut wie möglich durchzusetzen.

// Nico Brünler // Foto: S. Giersch



Wie kann der Bürgerdialog gelingen?

CDU und SPD für eine demokratische Kultur in Sachsen

// Einen Schwerpunkt der 7. Sitzung am 29. Januar 2015 bildete eine von den Fraktionen CDU und SPD beantragte Aktuelle Debatte. Sie stand unter dem Titel »Demokratische Kultur in Sachsen – Wie kann der Bürgerdialog gelingen?«. //

// Christian Hartmann

// Henning Homann

// Kerstin Köditz

// Dr. Stefan Dreher

// Volkmar Zschocke



7. Sitzung des Sächsischen Landtags



Fotos: R. Deutscher

Seine Fraktion, so Christian Hartmann, CDU, begrüße ausdrücklich den Prozess, in den die Staatsregierung mit den Dialogforen eingetreten sei. Diese seien ein Angebot an die Bürgerschaft, bei dem Pro und Kontrapositionen ausgetauscht werden könnten, Argumente aufgenommen würden und zugehört werde. Das befreie die Abgeordneten allerdings nicht von der Verantwortung, das Gespräch mit den Bürgern zu suchen. Er forderte die Abgeordneten dazu auf, gemeinsam in einen Dialog zu gehen und Prozesse zu erklären und den Bürgern wieder das Gefühl zu vermitteln, für sie da zu sein und ihre Sorgen und Ängste ernst zu nehmen. Jegliche Formen von Fremdenfeindlichkeit und Rassismus würden von seiner Fraktion allerdings konsequent abgelehnt.

Dialog ist richtig

Dialog sei richtig, aber nicht nur mit den Lauten, Schrillen und Aggressiven, erklärte Henning Homann, SPD. In der Politik dürfe es nicht darum gehen, wer am lautesten sei, sondern darum, wer die besten Argumente habe. Es müsse auch den leisen Kritikern, den Minderheiten und denen, die kein oder noch kein Wahlrecht hätten, zugehört werden. Seine Fraktion lehne den Dialog mit den Organisatoren von Pegida und den mitlaufenden Neonazis ab. Aber die sozialdemokratischen Abgeordneten redeten natürlich mit den Leuten, die mitliefen und keine rassistischen Positionen verträten, die mit ehrlichen und durchaus unterschiedlichen Sorgen auf die Politik zukämen. Allen

sei klar, dass die Demokratie besser werden müsse und es eine ganze Menge gebe, was verbessert werden könne. Neben einer Haltung gehöre zur Demokratie auch Kritikfähigkeit. Das Eingestehen von Fehlern sei aktuell allerdings keine Tugend von Politik.

Klare Spielregeln

Wenn die Abgeordneten den Bürgerdialog und eine demokratische Kultur wollten, dann müssten sie nach Auffassung von Kerstin Köditz, DIE LINKE, bei sich selbst anfangen. Ein Abwägen von Argumenten finde im Sächsischen Landtag überhaupt nicht mehr statt. Der Dialog zwischen Koalition und Opposition sei nie ergebnisoffen. Das Ergebnis stehe von vornherein fest. Allerdings könne auch ein Bürgerdialog ohne klare Spielregeln nicht gelingen. Menschenverachtende und rassistische Äußerungen dürften in einem solchen Dialog nicht erlaubt sein, weil sonst unsere gesamte Demokratie auf dem Spiel stehe.

Von der Nazikeule zum Dialog

Die Tatsache, so Dr. Stefan Dreher, AfD, dass der Dialog verweigert und stattdessen alle Pegida-Teilnehmer verbal mit der Nazikeule in die braune Ecke geprügelt worden seien, weiche langsam der Erkenntnis, dass der Dialog geführt werden müsse. Das allerdings werde nun mit einem großen Medienrummel als Sensation hochstilisiert. Hier werde deutlich, wie verkümmert in Deutschland Diskussionskultur und wie abgehoben vom Bürger politische Entscheidungsfindung mittlerweile geworden sei. Es sei beschämend, wie der Direktor der Landeszentrale für politische Bildung, Frank Richter, derzeit in das Kreuzfeuer von Linken und Grünen gerate, obwohl er nichts anderes gemacht habe, als seine Aufgabe ernsthaft und neutral durchzuführen.

Ständig im Dialog

Volkmar Zschocke, GRÜNE, erinnerte daran, dass er seit über 20 Jahren Politik mache und seitdem ständig im Dialog mit Bürgerinnen und Bürgern, mit Anwohnern oder mit Initiativen stehe. Dialog bedeute auch Streit und Widerspruch, er erfordere Klarheit und müsse von Regeln getragen sein, damit er beendet werden könne, wenn zum Beispiel immer wieder rassistische Argumentationsmuster deutlich und Minderheiten, Schwächere oder Fremde zu Sündenböcken für Probleme gemacht würden. Nachdem ein rassistischer Hitler-Imitator mit 25.000 Leuten durch Dresden spaziert sei, signalisiere der sächsische Innenminister plötzlich Dialogbereitschaft. Dieser bemerkenswerte Reflex offenbare vor allem, wie unterentwickelt die demokratische Streitkultur in Sachsen sei.

Im Kern geht es darum, die Werte der friedlichen Revolution und das vor 25 Jahren Erreichte in der Gegenwart zu verteidigen und erneut unter Beweis zu stellen, dass es möglich ist, miteinander zu reden.



// Markus Ulbig // Foto: R. Deutscher

Werte verteidigen

Im Kern, so Markus Ulbig, Staatsminister des Innern, gehe es für die Sächsische Staatsregierung darum, die Werte der friedlichen Revolution und das vor 25 Jahren Erreichte in der Gegenwart zu verteidigen und erneut unter Beweis zu stellen, dass es möglich sei, miteinander zu reden. Wenn dieser Dialog ernsthaft gelingen solle, dann dürfe er kein Strohfeder sein, sondern müsse langfristig begleitet werden. Seitens der Staatsregierung existiere bereits eine ganze Reihe wegweisender Angebote. So würden die Dialogforen weitergeführt – die nächsten beiden Termine seien schon in der Öffentlichkeit. Er könne die Abgeordneten nur bitten und ermuntern, diesen Prozess zu begleiten, zu unterstützen und dafür zu sorgen, dass die Diskussion langfristig und ohne Ausgrenzung in den Regionen und Wahlkreisen weitergeführt werde. Wenn das gelänge, könne daraus ein wirklicher Bürgerdialog erwachsen, auf dessen Grundlage die Herausforderungen der Zukunft zu bewältigen seien.

Honig im Kopf?

Uwe Nösner

// In der 7. Sitzung des Landtags am 29. Januar 2015 befassten sich die Abgeordneten mit dem Stellenwert der Polizei in Sachsen. Die AfD-Fraktion hatte die Aktuelle Debatte beantragt. //

Sebastian Wippel, AfD, übte Kritik am schleichenden Personalabbau bei der Polizei, der sich nicht am Lagebild orientiere, sondern fiskalischen Gesichtspunkten unterworfen sei. Fraktionskollege Carsten Hütter legte nach: Wenn es nicht so bitter wäre, könnte man Christian Hartmann für eine Fortsetzung des Kino-Erfolges »Honig im Kopf« vorschlagen. Dass Hartmann angesichts der missratenen Polizeireform 2020 nicht aufhöre, davon zu sprechen, dass der CDU die Polizei am Herzen liege, sei nur mit Vergesslichkeit oder der Verdrängung von Fakten zu erklären.

Christian Hartmann, CDU, verurteilte die Angriffe auf Polizeidienststellen in Leipzig. Die Polizei übe das Gewaltmonopol des Staates aus und sichere die freiheitlich-demokratische Grundordnung. Jedem müsse klar sein, dass Gewalt gegen Polizisten ein Angriff auf den Rechtsstaat sei. Der Freistaat werde mit der Härte des Gesetzes gegen die Gewalttäter vorgehen. Zudem werde sich seine Fraktion auch in Zukunft für die Verbesserung der Ausstattung der Polizei einsetzen.

Großes Vertrauen

Der Polizei, so Enrico Stange, DIE LINKE, werde in Deutschland größeres Vertrauen entgegengebracht als der Politik.

Die AfD fragt nach dem Stellenwert der Polizei in Sachsen



7. Sitzung des Sächsischen Landtags

Foto: S. Giersch

Entsprechend groß sei die Verantwortung der Politik, in Sachsen die der Koalition, gegenüber der Polizei. Der Staat als Dienstherr sei aber nur dann fürsorglich, wenn er die Erfordernisse des polizeilichen Handelns ernst nehme, sei im

Haushalt in Zahlen gieße und die entsprechende Personalstärke absichere. Wohlfeile Politikerworte allein könnten das nicht leisten. Sachsens Polizei, so Albrecht Pallas, SPD, habe einen hohen Stellenwert in der Politik und in der sächsi-

schen Regierungskoalition. Das könne man an den Maßnahmen ablesen, die im Koalitionsvertrag vereinbart worden seien. Er verwies darauf, dass die personelle Situation angegangen werde und daran Personal und Gewerkschaften beteiligt werden sollten. Was auch ihm Sorge bereite, sei die ablehnende Haltung an den Rändern der Gesellschaft gegenüber Staat und Polizei.

Mehr investieren

Aufgrund der Terrorgefahr, so Valentin Lippmann, GRÜNE, investierten andere Bundesländer intensiv in ihre Polizei. Dieser Weg müsse auch in Sachsen gegangen werden. Aus der CDU höre man dagegen in diesem Zusammenhang immer mehr die Forderung nach Vorratsdatenspeicherung anstelle einer Aufstockung von Ermittlern. Es würden aber keine teureren Überwachungsspielzeuge gebraucht, sondern eine gut ausgestattete Polizei, die im Land Präsenz zeige. Markus Ulbig, Staatsminister des Innern, ging auf die Personalausstattung ein. Die Einstellung junger Leute werde von 300 auf 400 erhöht; zusätzlich würden in den nächsten beiden Jahren 100 Experten eingestellt. Er freue sich, dass die Nachwuchskampagne dafür Sorge, die zusätzlichen Stellen auch besetzen zu können. Mit dem, was im Koalitionsvertrag geregelt und im Haushaltsplan vorgesehen sei, werde die sächsische Polizei alle Herausforderungen bewältigen.



// Sebastian Wippel // Foto: R. Deutscher

Solide Finanzpolitik für Sachsen

Doppelhaushalt für die Jahre 2015 und 2016 zur Beratung eingebracht



8. Sitzung des Sächsischen Landtags

Fotos: R. Deutscher

Eingangs verwies Finanzminister Prof. Dr. Georg Unland auf die Unwägbarkeiten wie die Euro-Währungsrisiken, die Neuverhandlung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen und den Rückgang der EU-Mittel, vor deren Hintergrund dieser Haushalt zu beratschlagen und zu verabschieden sei. Zugleich hob er hervor, dass Sachsen als erstes Bundesland ein Neuverschuldungsverbot in die Verfassung aufgenommen und dadurch eine solide Finanzpolitik abgesichert habe. Zu den Eckdaten des Doppelhaushalts führte er aus, dass das Haushaltsvolumen in beiden Jahren bei jeweils rund 17,2 Milliarden Euro liege. Es werde mit einer Investitionsquote von 17,3 Prozent bzw. 16,5 Prozent zu rechnen sein. Als wichtige Eckpfeiler der Zukunftsgestaltung bezeichnete er die Sicherung der Bildungsqualität, den Ausbau Sachsens als führenden Wissenschafts- und Forschungsstandort und die Sicherung des sozialen Zusammenhalts in der sächsischen Gesellschaft.

// Der Sächsische Landtag setzte sich am 5. Februar 2015 in erster Lesung mit dem Entwurf des Haushaltsplanes für die Haushaltsjahre 2015 und 2016 auseinander. Prof. Dr. Georg Unland, Staatsminister der Finanzen, brachte den Gesetzentwurf der Staatsregierung in den Landtag ein und erläuterte ihn den Abgeordneten. //

Änderungsbedarf

Der Landtag, so Rico Gebhardt, DIE LINKE, müsse den Haushaltsentwurf der Regierung ändern und die Weichen für eine solidarische Gesellschaft stellen. Seine Fraktion produziere aus der Opposition heraus seit 15 Jahren alternative Haushaltsansätze und sei daher resistent gegen haushaltstechnische Verwirrmanöver jeder Staatsregierung. Sie werde darauf achten, ob der Landeshaushalt dem sozialen Ausgleich diene. Die Verpflichtung dazu habe ja dank der Partei DIE LINKE in Sachsen nun sogar einen Platz in der Verfassung. Diesen Maßstab habe das Land bitter nötig. Der Rückgang der Arbeitslosigkeit in Sachsen habe zum gerin-

geren Teil etwas damit zu tun, dass Arbeitslose einen Arbeitsplatz bekommen hätten, sondern schlichtweg mit der demografischen Entwicklung. Der Regierungsentwurf der neuen Koalition sei nicht viel mehr als die Reparatur der immensen Bauschäden, die die Vorgängerkoalition hinterlassen habe.

An morgen denken

Jens Michel, CDU, würdigte seinerseits die Bildungsausgabenquote von 31,4 Prozent und die Kommunalfinanzierungsquote von 32,7 Prozent. Nehme man die hohe Investitionsquote hinzu, so seien das Werte, von denen andere Länder nur träumen könnten. Deshalb sei der in das

Parlament eingebrachte Haushaltsentwurf für die kommenden zwei Jahre eine solide Ausgangsposition. Die sächsischen Christdemokraten legten Gewicht auf eine generationengerechte Finanzpolitik. Das A und O einer soliden Finanzpolitik seien Kontinuität und Stabilität. Der Doppelhaushalt 2015/2016 sei aber noch aus einem anderen Grund etwas ganz Besonderes: Er sei der erste nach der Verfassungsänderung mit dem Neuverschuldungsverbot und er folge einem Zeitraum von zehn Jahren verschuldungsfreier Politik in Sachsen, bei der nicht nur an das Heute, sondern immer auch an morgen gedacht werde.

Gegen Stellenabbau

Die SPD, so deren Fraktionsvorsitzender Dirk Panter, sei mit der CDU in die Koalition gegangen, damit es den Menschen in Sachsen in fünf Jahren besser gehe. Er zeigte sich davon überzeugt, dass diese Zielsetzung gemeinsam erreicht werde. Klar



// Jens Michel



// Rico Gebhardt



// Dirk Panter



// Dr. Frauke Petry



// Volker Zschocke

Haushaltentwurf 2015 | 2016

	Ausgaben (Tsd. Euro)	
	2015	2016
Landtag	52.209,8	53.561,0
Staatskanzlei	34.331,8	35.541,4
Staatsministerium des Innern	1.837.322,6	1.858.848,5
Staatsministerium der Finanzen	535.606,8	549.872,0
Staatsministerium für Kultus	3.017.505,4	3.151.920,3
Staatsministerium der Justiz	789.730,2	808.147,2
Staatsministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr	1.683.276,0	1.636.655,6
Staatsministerium für Soziales und Verbraucherschutz	928.068,8	933.346,9
Staatsministerium für Umwelt und Landwirtschaft	656.671,4	584.202,8
Rechnungshof	21.839,3	22.353,9
Staatsministerium für Wissenschaft und Kunst	1.850.436,7	1.853.183,7
Staatliche Hochbau- und Liegenschaftsverwaltung	685.893,9	697.055,5
Allgemeine Finanzverwaltung	5.074.255,6	5.046.969,7
Summe	17.167.148,3	17.231.658,5

sei für seine Fraktion, dass weder der Haushalt noch die Koalition über jede Kritik erhaben seien. Einiges könne auch anders, manches vielleicht auch besser gemacht werden. Die Opposition müsse bei aller Kritik dann aber auch ihren Beitrag leisten. Neben der Kritik müssten auch realisierbare, bezahlbare und vernünftige Alternativen aufgezeigt werden. Politik sollte dazu dienen, jedem einzelnen Menschen in unserem Freistaat Zukunftsperspektiven zu geben und Möglichkeiten zu eröffnen. Vorrangig sei für die SPD dabei das Thema Bildung. Als weiteren Schwerpunkt nannte Panter die Rücknahme des in der letzten Legislaturperiode beschlossenen Stellenabbaus bei der Polizei.

Offene Flanken

Dr. Frauke Petry, AfD, räumte ein, dass Sachsen im Vergleich zu den meisten anderen Bundesländern in der Tat gut dastehe. Danach verwies sie auf die Ent-

scheidungen der CDU in der Bundesregierung im Zusammenhang mit der Euro-Rettung, die die finanziellen Bemühungen auf Landesebene unterminierte. Was den Doppelhaushalt betreffe, so sehe sie offene Flanken bei der Bildung, beim Meisterbonus und bei der Sicherheit. In all diesen Bereichen reichten die geplanten personellen Maßnahmen keinesfalls aus. Die AfD werde zudem darauf achten, dass sich die Staatsregierung von ideologischen Ausgabenprojekten wie Subventionen für die ökonomisch unsinnige Energiewende, der Förderung von zweifelhaften pseudo-demokratischen Vereinen und der Unterstützung von Gender-Mainstreaming trenne. Dann würden ausreichend Mittel frei werden, die in viel stärkerem Maß in Familie, Bildung und innere Sicherheit investiert werden müssten.

Unspektakulär

Die CDU, so Volker Zschocke, GRÜNE, mache so weiter wie bisher. Zu innovativen Sprüngen habe es schon beim Koalitionsvertrag nicht gereicht. Der vorgelegte Entwurf für den Doppelhaushalt sei daher

erwartet unspektakulär ausgefallen. Aber leider sei auch einige Enttäuschung – zum Beispiel im Bildungsbereich – bereits absehbar. Ein Haushalt, der nicht in die Zukunftsfähigkeit investiere, stehe auf tönernen Füßen. Zukunftsfähigkeit gründe sich nicht allein auf Stahl und Beton, sondern auf kreative, gut ausgebildete Menschen. Es komme jetzt darauf an, in die gesellschaftliche Modernisierung zu investieren, die Funktionalität der Landesverwaltung und Handlungsfähigkeit der Kommunen zu sichern, die Wirtschafts- und Forschungslandschaft zukunftsfähig aufzustellen und gute Rahmenbedingungen für Zuwanderer zu schaffen.

Sachsen ist das erste Bundesland mit einem Neuverschuldungsverbot in der Verfassung.



// Prof. Dr. Georg Unland

Neujahrsempfang im Sächsischen Landtag

Landtagspräsident für mehr Stabilität und weniger Polarisierung



Katja Ciesluk

// Zum Auftakt des neuen parlamentarischen Jahres kamen am 5. Januar 2015 rund 450 Gäste aus Politik, Wirtschaft und Medien zum Neujahrsempfang im Sächsischen Landtag zusammen. Landtagspräsident Dr. Matthias Rößler setzte sich in seiner Rede kritisch mit der Rolle der Landesparlamente auseinander und forderte bessere Beziehungen zu Russland. //

»Warum gibt es uns überhaupt, und warum soll es uns weiter geben?«, hob Dr. Rößler in seiner Neujahrsansprache zu einer selbstkritischen Auseinandersetzung mit der Rolle und dem Anspruch der Länderparlamente und ihrer Abgeordneten an. Und schob sogleich die Gründe für deren Bedeutung nach: Die Länderparlamente bedeuteten Demokratie und Stabilität, sie böten den Menschen eine Heimat, in der Zusammenhänge und Machtverhältnisse überschaubar und bei gutem Willen auch verständlich blieben, und

die Abgeordneten stünden für Bürgernähe. Landespolitik wie auch Kommunalpolitik müssten »organisierte Bürgernähe« werden, sagte Dr. Matthias Rößler.

Dialog, Konsens und Kompromiss

Für das Jahr 2015 wünsche er sich mehr Stabilität, weniger Polarisierung und mehr Vertrauen, so der Landtagspräsident. In einer komplexen Gesellschaft mit vielen Interessengruppen gelinge dies nur mit

Dialog, Konsens und Kompromiss. »Diesen Dialog zu führen, den Konsens in unserer Gesellschaft herzustellen und Kompromisse zu schließen, ist unsere vornehmste Aufgabe. Auch dazu braucht es Landesparlamente.«

Außerdem mahnte der Präsident des Sächsischen Landtags bessere Beziehungen zu Russland an und verwies auf die parlamentarischen Beziehungen zu Omsk. »Lasst Deutsche und Russen im Gespräch bleiben. Der Landtag sollte den guten Kontakt zur Partnerregion Omsk pflegen.« Im Februar 2013 war eine Abgeordnetendelegation des Sächsischen Landtags zu einem Arbeitstreffen nach Omsk gereist, um Möglichkeiten der Zusammenarbeit zu erörtern. Der Gegenbesuch in Sachsen folgte im September 2013.

Gedeihliches Zusammenleben

Mit Blick auf das neue parlamentarische Jahr in Sachsen forderte der Präsident des Sächsischen Landtags eine Bildungspolitik, die Alt und Jung fördere, genügend Polizisten überall in Sachsen sowie ein gedeihliches Zusammenleben von Alt- und Neubürgern, von In- und Ausländern. »Lasst uns gemeinsam an dieser Heimat arbeiten.«

Im Rahmen des Neujahrsempfangs überbrachten Sternsinger aus der Pfarrgemeinde Heilige Familie Dresden-Zschachwitz den Segen und sammelten Spenden für die »57. Aktion Dreikönigssingen«, die 2015 unter dem Motto »Segen bringen, Segen sein. Gesunde Ernährung für Kinder auf den Philippinen und weltweit!« steht.



Katja Ciesluk

Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus: Politiker fordern Fürsorge und Wachsamkeit

Foto: S. Giersch

// Am 27. Januar 2015, dem 70. Jahrestag der Befreiung des Konzentrations- und Vernichtungslagers Auschwitz, gedachten der Sächsische Landtag und die Sächsische Staatsregierung mit einer gemeinsamen Veranstaltung der Opfer des Nationalsozialismus. Die Neue Jüdische Kammerphilharmonie Dresden (NJK) spielte ein Gedenkkonzert mit Werken von Komponisten jüdischer Herkunft, die bis heute sehr selten oder gar nicht aufgeführt werden und die somit vor dem Vergessen bewahrt werden sollen. //



// Dr. Matthias Röbler

Unter den mehr als 350 Gästen waren neben zahlreichen Abgeordneten, Mitgliedern der Staatsregierung und Repräsentanten des öffentlichen Lebens mehr als 100 Vertreter von Opferverbänden sowie eine Schulklasse des Sächsischen Landesgymnasiums für Musik Carl Maria von Weber Dresden.

Dr. Matthias Röbler:
»Aus Sorge sollte Fürsorge erwachsen.«

»Wir können durch Gedenken und Erinnerungen den Opfern ihr Schicksal und damit ihre Würde zurückgeben«, betonte Landtagspräsident Dr. Matthias Röbler. Zugleich müsse man jedoch immer wieder hinterfragen, ob die vielfältigen Debatten und Diskurse der Erinnerungskultur in breiten Schichten unserer Gesellschaft ankommen. »Die Gegenwart sollte uns da zu denken geben.«

Während man der Angst vor dem Anderen mit Mitteln einer engagierten Demokratie begegnen könne, sei irrationaler Hass, verbunden mit der Bereitschaft zu Gewalt, nicht mit der Meinungsfreiheit einer Demokratie zu rechtfertigen. »Aus der Sorge sollte Fürsorge erwachsen«, schlug Landtagspräsident Dr. Matthias Röbler den Bogen zwischen der Sorge um die Gefahr des Vergessens und den Herausforderungen der Gegenwart. »Fürsorge, die Zuwendung zum Anderen, zum Nachbarn, zum Mitbürger oder zum Fremden bringt eine Kultur der Mitmenschlichkeit hervor. Das ist die Gesellschaft, die wir in unserem Freistaat Sachsen und in unserer Bundesrepublik Deutschland wollen und brauchen.«

Martin Dulig:
»Wir müssen als Demokraten wachsam sein.«

Martin Dulig, Staatsminister und stellvertretender Ministerpräsident des Freistaates Sachsen, sagte in seiner Ansprache: »Das Konzentrationslager Auschwitz steht für den Verrat an den Grundprinzipien von Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit – bis hin zur physischen Vernichtung. Auch heute, 70 Jahre nach der Befreiung, müssen wir als Demokraten wachsam sein und gegen undemokratische Einstellungen aktiv werden. Das zeigen uns nicht zuletzt die aktuellen Herausforderungen in Sachsen, bei denen der Beigeschmack antisemitischer Einstellungen immer stärker wird. Wir mussten erfahren, dass religiös motivierte Auseinandersetzungen nicht mehr nur weit weg stattfinden. Die Grundprinzipien der Demokratie sind deshalb an einem Tag wie heute gleich doppelt bedeutsam.«

**Gedenkkonzert
 der Neuen Jüdischen Kammerphilharmonie
 Dresden (NJK)**

Das Gedenkkonzert gestaltete die Neue Jüdische Kammerphilharmonie Dresden (NJK) unter der Leitung von Michael Hurshell. Das Ensemble spielte vorwiegend Werke von Komponisten jüdischer Herkunft, die bis heute sehr selten oder gar nicht aufgeführt werden und die somit vor dem Vergessen bewahrt werden sollen. Schüler des Sächsischen Landesgymnasiums für Musik Carl Maria von Weber



// Martin Dulig // Fotos: S. Giersch

Dresden führten in das Konzert ein, bei dem Werke von Marc Lavry, Franz Schreker, Alexander Zemlinsky, Erich W. Korngold und Felix Mendelssohn Bartholdy aufgeführt wurden.

Neue Jüdische Kammerphilharmonie Dresden

Seit November 2007 hat die Neue Jüdische Kammerphilharmonie Dresden, ein Streichorchester mit 23 bis 30 jüdischen und nicht-jüdischen professionellen Musikern, in bisher 50 Konzerten dreiundzwanzig in der Nazizeit verfehmte, verfolgte oder ermordete europäische Komponisten jüdischer Herkunft – zum Teil nach Jahrzehnten –

im In- und Ausland wieder zu Gehör gebracht. Die Komponisten sind überwiegend im deutschsprachigen Raum ausgebildet worden, ihre Werke sind zutiefst europäische Musik. Das Ensemble hat somit ein europaweit einzigartiges Profil.

Dirigent Michael Hurshell gründete gemeinsam mit Dresdner Musikern die Neue Jüdische Kammerphilharmonie Dresden im November 2007. Er ist Dozent für Dirigieren an der Hochschule für Musik Carl Maria von Weber Dresden und hält auch Vorlesungen und Seminare an der TU Dresden. Er ist der Kurator der multimedialen Dauerausstellung zu Richard Wagner im restaurierten Barockschloss Graupa. Er trat als Gastdirigent u. a. an der Deutschen Oper am Rhein, bei der Slowakischen Staatsphilharmonie, der Nationalphilharmonie Warschau und bei internationalen Festivals auf.

Sächsisches Landesgymnasium für Musik Carl Maria von Weber

Das Sächsische Landesgymnasium für Musik Carl Maria von Weber ermöglicht hochbegabten jungen Musikern neben dem Abitur eine professionelle Ausbildung am Musikinstrument. Im Rahmen des Faches Musikgeschichte setzen sich Schüler immer wieder mit Musikern auseinander, die unter der Herrschaft der Nationalsozialisten verfolgt oder verfehmte waren. Diese Beschäftigung führte in der Vergangenheit zu wichtigen Impulsen im Konzertprogramm und zu Vorträgen über »verfehmte« Komponisten; nicht zuletzt unterstützt es die Verbindung zur Partnerschule in Israel, dem Horowitz-Konservatorium in Karmiel.

Hintergrund zum Gedenktag 27. Januar



Der 27. Januar ist in der Bundesrepublik Deutschland nationaler Gedenktag zur Erinnerung an die Opfer des Nationalsozialismus. Er wurde 1996 vom damaligen Bundespräsidenten Roman Herzog proklamiert. Seit 2006

gedenken der Sächsische Landtag und die Sächsische Staatsregierung jedes Jahr an diesem Tag mit einer gemeinsamen Veranstaltung im Plenarsaal des Sächsischen Landtags der Opfer.



// Als Sprecher der Gruppe der 20 zum dritten Rathausgespräch mit dem damaligen Oberbürgermeister Berghofer. // Foto: Ulrich Hässler

Prof. Dr. Eckhard Jesse

Von der Gruppe der 20 zum Bürgermeisteramt

Herbert Wagner

Foto: Ulrich Hässler



// Anlässlich der 25-jährigen Jubiläen der friedlichen Revolution 2014 und der deutschen Einheit 2015 erinnern wir in dieser Rubrik an Persönlichkeiten, die den Wendepunkt der deutschen und sächsischen Geschichte aktiv mitgestaltet haben. Die Reihe wurde in der Ausgabe 5/14 eröffnet. //

Herbert Wagner gehörte in der DDR nicht zu denen, die früh offensiv wider den Stachel der Obrigkeit löckten, aber auch nicht zur Gruppe derer, die sich bei den Herrschenden anbiederten. In der SED-Diktatur als

Parteiloser weithin in der »inneren Emigration«, ergriff er im Umbruchprozess 1989/90 die Chance, die Diktatur zunächst umzugestalten und dann abzuschaffen sowie den Boden für eine schnelle deutsche Einheit

zu bereiten. Die Übernahme des Dresdner Oberbürgermeisteramtes war eine logische Konsequenz seines Engagements.

Gruppe der 20

Geboren am 21. September 1948 in Neustrelitz als Sohn eines Bauingenieurs, der das Sude-tenland nach 1945 verlassen musste, kam für ihn die Teil-nahme an der Jugendweihe nicht infrage. Nach dem Abitur mit Berufsausbildung zum Heizungsinstallateur und dem Wehrdienst verschlug es ihn zum Studium der Informationselek-tronik an die Technische Uni-versität in Dresden (1969–1973).

Forums erschien, unterschrieb ihn Wagner. Er gelangte am 10. Oktober 1989 zur zwei Tage zuvor gebildeten Gruppe der 20, und zwar für Kaplan Frank Richter, der ihn aus kirchlicher Arbeit im Rahmen der Ökumeni-schen Versammlung für Gerech-tigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung gekannt und vorgeschlagen hatte. Diese Gruppe, zu deren Sprecher Wagner bald avancierte, nahm den »Dialog« mit der SED-Füh-rung in Dresden auf und sorgte für einen friedlichen Verlauf der Proteste. Bei den Montagsde-monstrationen fiel Wagner eine wichtige Rolle als Mitorganisa-tor zu. Gemeinsam mit Arnold Vaatz, dem wohl führenden Kopf der Oppositionellen in



// Feierstunde anlässlich des 50. Jahrestags der Gründung des Staates Israel am 05.12.1997 im Sächsischen Landtag. Unter den Festgästen Dresdens Oberbürgermeister Dr. Herbert Wagner (3. Reihe, Bildmitte). // Foto: Chavakis

Von 1973 bis 1990 bildete die Tätigkeit als Rationalisierungs- und Entwicklungsingenieur in Dresden bei zwei Kombinat-ten den Mittelpunkt seiner Arbeit. 1985 entstand die Dissertation (»Untersuchungen zur Störfestigkeit des UK-Teletext-Systems«). Der Katholik, Sprecher des Dresd-ner Katholischen Akademiker-kreises, engagierte sich in ökumenischen Arbeitskreisen.

Als im September 1989 der bekannte Aufruf des Neuen

Dresden, führte er am 5. Dezem-ber eine Demonstration zum Gebäude der Staatssicherheit. Die geglückte Besetzung der Staatssicherheit war für ihn der Beleg für die Unumkehrbarkeit der friedlichen Revolution. Wagner jubelte am 19. Dezem-ber 1989 in Dresden Helmut Kohl zu, als dieser vor der Ruine der Frauenkirche eine ihn bewegende Rede hielt. Im Januar 1990 folgte der Fraktionsvorsitz der Basisdemokratischen Fraktion



// Dr. Herbert Wagner

in der Dresdner Stadtverordne-tenversammlung und im Febru- ar 1990 der Beitritt – mit Arnold Vaatz und anderen politisch un- belasteten Kräften – in die CDU.

Herbert Wagner hatte die Ablehnung der DDR mit der Muttermilch aufgesogen. Die politische Wirklichkeit der DDR bestätigte ihm seine Aversion beständig. Niemals konnte er sich mit der Teilung des Landes abfinden, nicht mit der grassie- renden Unfreiheit. Seine Koope- ration mit Arnold Vaatz gestal- tete sich eng. Das muss im ersten Moment verwundern. Während Vaatz zuweilen eher ungeduldig und sprunghaft agierte, verkörperte Wagner Ruhe und Stetigkeit. Vielleicht hatte die beiden ihr prägendes Erlebnis vom 5. Dezember zusammenschweißt.

Oberbürgermeister

Nach den demokratischen Kommunalwahlen im Mai 1990

gelangte Wagner als »Chef« des Wahlbündnisses »Demokrati- sche Union« in das Amt des Dresdner Oberbürgermeisters (mit 88 von 123 Stimmen der Dresdner Stadtverordnetenver- sammlung). Bei der Wiederwahl 1994 – diesmal direkt durch die Bevölkerung – kam Wagner im ersten Wahlgang auf 38,6 Pro- zent der Stimmen, im zweiten auf 54,8. Als Oberbürgermeis- ter oblag ihm zeitweilig die stellvertretende Präsiden- tschaft des Deutschen Städte- tages. Er votierte gegen große Widerstände für den Bau der erst 2013 freigegebenen Wald- schlösschenbrücke über die Elbe. Der von ihm früh und ent- schieden befürwortete Wieder- aufbau der Frauenkirche war weniger umstritten. Dresden blühte unter seiner Ägide auf und übt große Anziehungskraft auf Besucher aus.

Gleichwohl scheiterte im Jahr 2001 seine Wiederwahl. Ein breites – keineswegs homo- genes – Bündnis, von der PDS



// Verleihung der Sächsischen Verfassungsmedaille an Dr. Herbert Wagner (1. v. r.) am 26.05.1999. // Foto: Matthias Hiekel

Schriften, Aktivitäten, Ehrungen

Von Wagner stammt ein Erlebnisbericht über die revolutionäre Entwicklung in Dresden 1989/90. Auch sonst hat er eine Reihe von Beiträgen zur friedlichen Revolution in Sachsen vorgelegt, gemeinsam mit anderen Autoren eine Geschichte der Kommunalpolitik seit 1990. Die Sächsische Verfassungsmedaille erhielt er 1999, den Sächsischen Verdienstorden 2009. Zu seinen Ehrenämtern zählen der Vorsitz im Verein »Erkenntnis durch Erinnerung«, der an die Machenschaften der Staatssicherheit erinnert, und die Mitgliedschaft im Stiftungsrat der Stiftung Sächsische Gedenkstätten zur Erinnerung an die Opfer politischer Gewalt Herrschaft. 2009 und 2014 hatte Wagner den Vorsitz einer Expertenkommission für die Doppeljubiläen 20 bzw. 25 Jahre friedliche Revolution und deutsche Einheit inne.

über die Grünen bis zur SPD und FDP, stellte den FDP-Kandidaten Ingolf Roßberg auf. Dieser erhielt im ersten und zweiten Wahlgang die Mehrheit, Wagner zunächst 42,8 und dann nur 40,0 Prozent – wegen der Kandidatur Wolfgang Berghofers. Die Abwahl hat Wagner geschmerzt. Als Oberbürgermeister war ihm daran gelegen, durch Stadtplanung Dresdens alte Stadtstruktur sichtbar zu machen, die Ansiedlung mikroelektronischer Industrien zu fördern und die Eingemeindungen auf dem Verhandlungsweg voranzubringen. Allerdings galt Wagner für Kritiker als ein Oberbürgermeister, der den Glanz Dresdens zu wenig nach außen trug, ging dem uneitlen Politiker doch jegliche Form von Populismus ab. Einen Weg zurück in die Politik gab es für Wagner – von 2001 bis 2008 Geschäftsführer der Kommunalen Datennetz GmbH Dresden – nach seiner Abwahl nicht mehr.

Die Kontinuität seiner politischen Maximen ist stark. Einen dritten Weg lehnt er weiterhin entschieden ab, es sei denn,



// Widmung des Landtagsvorplatzes zum Bernhard-von-Lindenau-Platz mit Landtagspräsident Erich Iltgen und Oberbürgermeister Dr. Herbert Wagner (v. l. n. r.) am 06.12.1999. // Foto: Sven Döring

unter ihm werde die Konzeption der sozialen Marktwirtschaft verstanden. Für postkommunistische Positionen fehlt ihm jede

Sympathie. Gewandelt hat sich in gewisser Weise die Einstellung gegenüber der Bundesrepublik Deutschland. Sie war für ihn bereits reformbedürftig, als die deutsche Einheit zustande kam. Dadurch sei die Reformnotwendigkeit überlagert worden. Das Verdienst von Gerhard Schröder liege darin, die eigene Partei zu unbequemen Reformen mitgezogen zu haben. Wer Verantwortung trage, das sei seine Erfahrung aus den 1990er-Jahren, erkenne schnell die Nutzlosigkeit ideologischer Positionen. Wie 25 Jahre zuvor erlebte Wagner im Dezember 2014 in Dresden Helmut Kohl. Dieser ist für ihn ein Vorbild.



Prof. Dr. Eckhard Jesse

Geb. 1948 in Wurzen. Studium der Politik- und Geschichtswissenschaft an der FU Berlin; Dissertation zur Wahlrechtsgestaltung; Habilitation zur streitbaren Demokratie. Von 1993 bis 2014 Inhaber des Lehrstuhls »Politische Systeme, politische Institutionen« an der TU Chemnitz, von 2007 bis 2009 Vorsitzender der Deutschen Gesellschaft für Politikwissenschaft. Er ist u. a. Autor des Buches »Politik in Sachsen« (mit Thomas Schubert und Tom Thieme), Wiesbaden 2014.

Literatur:
Herbert Wagner, 20 gegen die SED. Der Dresdener Weg in die Freiheit, Stuttgart 2000.
Herbert Wagner, »Am 19. Dezember ist es endlich soweit«, in: Eckhard Jesse (Hrsg.), Friedliche Revolution und deutsche Einheit. Sächsische Bürgerrechtler ziehen Bilanz, Berlin 2006, S. 101–115.

Ausstellung 100 Sächsische Grafiken im Bürgerfoyer eröffnet



Foto: T. Schlorke

// Die aktuelle Ausstellung der Biennale »100 Sächsische Grafiken« wird vom 27. Januar bis zum 6. März 2015 im Bürgerfoyer des Sächsischen Landtags präsentiert. Thema des 2014er Jahrganges ist der Flachdruck. Sowohl junge als auch etablierte Künstler aus Sachsen zeigen mit ihren Werken eine faszinierende Vielfalt an Techniken und Handschriften. //

Martina Findeisen

Flachdruck – alles andere als

// Am 27. Januar 2015 fand die Eröffnung der Ausstellung »100 Sächsische Grafiken 2014 – Flachdruck« im Bürgerfoyer des Sächsischen Landtags statt. An dem vorangegangenen Wettbewerb hatten sich 96 Künstler mit über 300 Blättern beteiligt, aus denen eine hochkarätig besetzte Jury die 100 prägnantesten für die Präsentation ausgewählt hatte. Die Ausstellung ist bis zum 6. März 2015 zu sehen. //



»Die Präsentation von Druckgrafik aus Sachsen hat im Sächsischen Landtag eine sehr vielfältige und nicht weniger erfolgreiche Tradition. Allein 2013 und 2014 waren zum wiederholten Male das Vogtländische Druckgrafiksymposium, die Leipziger Grafikbörse und die Neue Sächsische Galerie Chemnitz hier im Bürgerfoyer mit preisgekrönter Grafik präsent«, so Landtagspräsident Dr. Matthias Rößler in seiner Begrüßungsansprache. Besonders zu würdigen sei, dass sich die Chemnitzer Neue Sächsische Galerie als Museum für zeitgenössische Kunst seit ihrer Gründung 1990 nicht allein als herausragender Ausstellungs- und Sammlungsort verstehe. Vielmehr habe sie sich als Ideen- und Impulsgeber, der die Künstler mit Symposien, Wettbewerben und speziellen Ausschreibungen motivieren und anregen will, in den Dienst der Entfaltung des künstlerischen Lebens in Sachsen gestellt.

Druckgrafik behauptet ihren Platz

In der diesjährigen Ausstellung »100 Sächsische Grafiken 2014« präsentierten junge Künstler, Absolventen und Studenten sächsischer Hochschulen ebenso wie bekannte Meister eindrucksvolle Blätter, die beweisen, dass Druckgrafik – auch oder gerade – in Zeiten moderner Medien ihren Platz behaupten kann. Das gelinge vor allem deshalb so eindrucksvoll, weil sie immer wieder Ansätze für neue künstlerische Wege biete und der Mensch als Künstler in seiner kreativen Leistungsfähigkeit so unerschöpflich ist. Diesem hohen Anspruch sei es zu danken, so der Landtagspräsident weiter, dass sich unser Bürgerfoyer zu einem Anziehungspunkt für Freunde der Kunst und einem Podium der Gegenwartskunst aus Sachsen entwickelt hat. Für ihre künstlerische Leistung und ihr kulturelles

Engagement sprach er allen Künstlerinnen und Künstlern, den Sponsoren und Stiftern der Preise sowie den Mitgliedern der Fachjury seinen herzlichen Dank aus.

Überschaubare Größe und sparsames Kolorit

»Geht man durch die Ausstellung, so fällt zunächst auf, dass in diesem Jahrgang die Größe der Blätter überschaubar ist, was mit Sicherheit auf die verwendeten Techniken zurückzuführen ist. Auch das Kolorit ist über weite Strecken zurückhaltend. Bis auf wenige Ausnahmen dominieren Schwarz-Weiß oder sparsam zweifarbige Arbeiten«, erläuterte Alexander Stoll, Kustos der Ausstellung, in seiner Einführung in die Präsentation. Im Mittelpunkt des Interesses der Künstler stünden die technischen Besonderheiten, die Effekte

»flach«



// Alexander Stoll (re.)



// Dr. Matthias Rößler // Fotos: T. Schlorke

und Möglichkeiten der jeweiligen Drucktechnik, was auch mit einer großen Experimentierlust in Verbindung stehe. Verschiedene Drucktechniken würden miteinander verbunden, Drucke übermalt oder überzeichnet und als Druckträger seien auch Zeitungspapier oder sogar Glasplatten zum Einsatz gelangt.



Breites Repertoire an Themen

Dabei biete die Ausstellung ein erstaunlich breites Repertoire an Themen: von zauberhaft malerischen Stillleben mit den einfachen Dingen des Lebens eines Klaus Drechsler über die sozialkritischen Collagen von Jürgen Schieferdecker bis hin zu konstruktiv-konkreten Grafiken wie bei Karl Herrmann oder Dieter Weise. Nach wie vor gelte für Druckgrafik, dass sie unmittelbar und schnell auf das Zeitgeschehen reagiere. Das zeigten in besonde-

rer Weise z. B. die auch mit einem Preis ausgezeichneten Grafiken von Gregor Kunz, der in seinen eindrücklichen, collageartigen Blättern das seit Jahren schwelende Flüchtlingsdrama im Mittelmeer thematisiert. Mehrere Künstler haben sich aus Anlass des Gedenkens an den Ersten Weltkrieg mit diesem Thema und seiner brennenden Aktualität auseinandergesetzt. Das Thema Krieg und die damit verknüpfte Technikbesessenheit finde sich beispielsweise in den »Heldenliedern«

von Frank Herrmann. Nicht unmittelbar auf einen Krieg bezogene, aber ähnlich apokalyptische Szenen mit brennenden und explodierenden Häusern zeige auch Nora Mona Bach in ihren Arbeiten mit dem Titel »Home«.

»Der Jahrgang 2014 mit dem Thema Flachdruck erscheint alles andere als »flach«, sowohl thematisch als auch von der Vielfalt der Techniken bietet er ein breites Panorama an zeitgenössischer Druckkunst«, resümierte Stoll.

Josef Matzerath

»Auch heute blieb das Land unberathen.«

Tagebucheintragungen zum Landtag 1824

Am 6. Januar 1824 kleidete sich der 25-jährige Robert Freiherr von Welck in seine Landtagsuniform, um an der Eröffnung der Ständeversammlung im Dresdner Schloss teilzunehmen. Er war von der Ritterschaft des erzgebirgischen Kreises als Deputierter delegiert und nahm zum ersten Mal an einem Landtag teil. In sein Tagebuch schrieb er: »Ich eilte nun meine Toilette zu vollenden, um dann nach Hof, wo sich die Ritterschaft im äußersten Vorzimmer des Königs versammelt und dann in den PropositionsSaal abgeführt wurde, der sich sehr bald mit den übrigen Ständen, fremdem Militair, Corps dipl[omatique] etc. füllte; bey dem Eintritt des Königs wurden die Trommeln gerührt – das Ganze gewährte einen höchst feyerl[ichen] Anblick – der König auf dem Thron, das Haupt bedeckt.«

Dann trat der Minister Hans Ernst von Globig vor die sächsische Ständeversammlung und hielt eine kurze Ansprache. Anschließend verlas ein Geheimer Rat, welche Themen der Landtag beraten sollte. Beides konnte von Welck nicht recht verstehen, weil die Herren so undeutlich artikulierten. Der Landtagsmarschall Günther Graf von Büнау antwortete für die Stände. Er sprach mit klarer Stimme, sodass von Welck notierte: »allein desto wohlthunder war der Gehalt, der noble Anstand, mit dem Graf Büнау sprach und sehr würdig als Landtagsmarschall das Organ

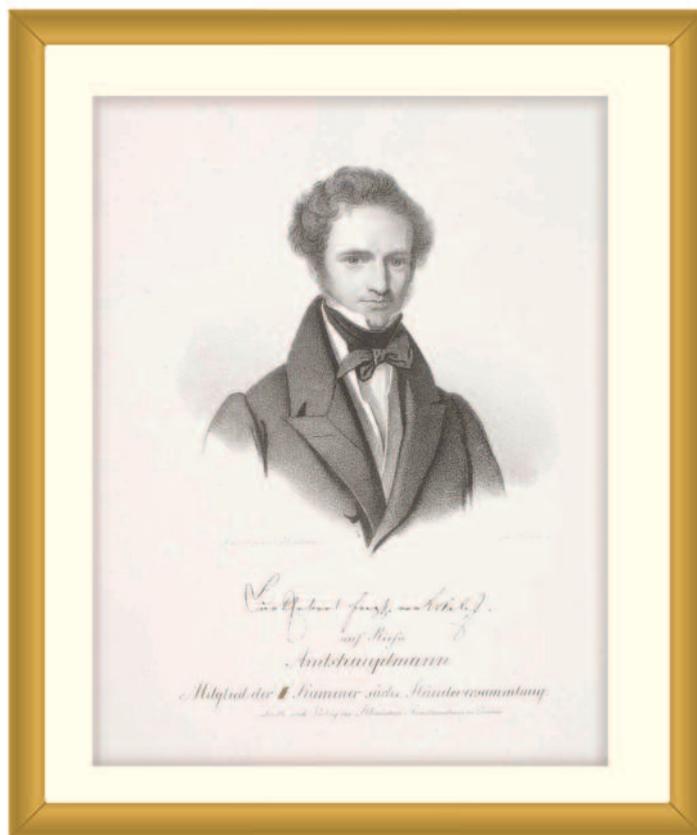
// Der Sächsische Landtag fördert zurzeit ein Forschungsprojekt der TU Dresden, in dem die Geschichte der sächsischen Landtage vom Mittelalter bis heute erforscht wird. Bei den Arbeiten kommen immer wieder interessante Quellen zum Vorschein. Der Landtagskurier stellt diese als Fundstücke aus der Geschichte der sächsischen Landtage vor. //

der Stände war.« Gegen 12.30 Uhr war die Zeremonie im Residenzschloss beendet.

Für den Abend waren die Mitglieder des Landtags noch einmal ins Schloss geladen, um an einem Hofball teilzunehmen. Für von Welck war es der erste Hofball. Da er nicht zum alten Adel gehörte und kein Amt bekleidete, das ihn hoffähig machte, stieg er als Landtagsmitglied in den Kreis der

Dresdner Hofgesellschaft auf. Um die zähen Stunden bis zum Beginn des Hofballs gut heruzubringen, machte von Welck noch einige Visiten in der Dresdner Adelsgesellschaft. Dann war, wie das Tagebuch vermerkte, die »unruhige Unthätigkeit« endlich überstanden und er trat »mit dem beglückenden Gefühl eines erreichten längst ersehnten Wunsches ... in den glänzenden Ballsaal

// Curt Robert Freiherr von Welck, Stich nach einer Kohlezeichnung von Carl Lutherer um 1833



ein«. Getanzt hat der junge Adelige an diesem Abend nur einmal, weil er noch nicht bei Hofe vorgestellt worden war und, wie er schrieb, sich »deshalb verborgen halten wollte«.

Im Dresdner Club

Als von Welck schon im Begriff war, den Saal zu verlassen, traf er auf Marie von Egidy. Sie gehörte zu den jungen Damen der Dresdner Adelsgesellschaft im heiratsfähigen Alter. Von Welck hatte vier Jahre zuvor in Leipzig ein Juraexamen abgelegt und war 1824 in einer Einstiegsposition für den Staatsdienst. Nebenbei hatte er von seinem bereits verstorbenen Vater ein beträchtliches Vermögen geerbt. Er verkehrte im Dresdner Club für adlige Männer, machte Visiten in den Häusern des residenzstädtischen sächsischen Adels, wurde zum Tee, Diner und Souper eingeladen und tanzte auf den Bällen mit den Töchtern aus guter Gesellschaft. Marie von Egidy faszinierte den jungen Mann eine Zeit lang weit mehr als die anderen jungen Frauen. Sie erkannte auf dem Hofball sofort, dass er sich sehr darüber freute, in den Kreis des vornehmsten Adels aufgestiegen zu sein, und sagte ihm das auch. Von Welck wurde in ihren Bann gezogen. Er notierte: »sie bat mich ihr ihren capuchon (Kapuzenmantel) umzugeben – ich berührte ihr Haar und – mußte mir eingestehen daß

eine große innere Veränderung mit mir vorgegangen – noch vor 4 Wochen hätte mich diese Berührung ganz kalt gelassen – heute nicht, ich folgte ihr unmittelbar.«

Die Tagebucheintragungen von Welcks während des Landtages berichten fast nichts über politische Debatten. Er erwähnt eine umkämpfte Wahl innerhalb des Gremiums der Meißner Ritterschaft und häufig erwähnt er auch, dass er zum Landhaus in eine Sitzung ging. Stattdessen notierte der junge Mann fast täglich Ausritte in den Großen Garten, Besuche bei anderen Adligen, Bälle und Essenseinladungen.

Am Freitag, dem 9. Januar 1824, vermerkte von Welck im Tagebuch: »Auch heute blieb das Land unberathen.« Denn er speiste mit anderen Landtagsmitgliedern beim Kammerrat von Hartitzsch. »Diese Diners sind aber das Grab der Arbeit«, notierte er anschließend, »ich mußte mich sehr zwingen, noch heute Abend etwas durchzulesen.« Doch das Essen blieb nicht die einzige Ablenkung an diesem Tag. Denn nach der Lektüre ging von Welck noch ins Casino, einen Verein, der für die vornehme Welt Bälle arrangierte. Dort traf er erneut auf Marie von Egidy, mit der er eine Française tanzte. Die junge Frau hatte zuvor schon einem anderen Kavalier die Aufforderung abgeschlagen. Dass sie dennoch mit von Welck tanzte, galt nach den Regeln der Gesellschaft als zeichenhafte Sympathiebezeugung. Von Welck aber versuchte, ihrem Charme nicht vollkommen zu erliegen: »Ich hielt mich im Zaum so gut ich konnte – kann man aber den Krater eines Vulkans verstopfen? Und wie bedeuthsam ist nicht oft Ein unbedachtsam entfahrenes Wort!« Es wäre nicht schicklich gewesen, das Gefühl auszuleben, ohne eine Heirat zu verabreden. Am folgenden Tag sah von Welck Marie von Egidy schon wieder und konnte kaum



// »La Poule« – »Die Henne«: Dritte Figur der Quadrille-Française, Kupferstich 1801 // bpk / Kunstbibliothek, Staatliche Museen zu Berlin / Knud Petersen

eine Konversation zustande bringen: »In dem entferntesten Winkel der Stube hätte ich lieber geseßen und sie stumm und bewundernd angesehen! Marie! – Marie –. Wer aber erklärt diese allgewaltige Macht der Liebe! Jahrelang habe ich sie angesehen mit Lust und Freude – und den Augenblick will ich nennen seid welchem dieses schmerzlich Sehnen mit ihrem Anblick verbunden und mein Herz und Sinn umgewandelt ist!«.

Aus der heiteren Welt der Dresdner Jeunesse dorée wurde der junge Mann rapide herausgerissen, als Cecile Gräfin von Bünau, die Tochter des Landtagsmarschalls, am 16. Februar 1824 an den Masern starb. Denn von Welck verkehrte häufig im Hause dieser Familie. Die Gräfin Auguste von Bünau war eine seiner Taufpatinnen und der Graf Günther von Bünau hatte ihn noch am 24. Januar 1824

mit 17 anderen Landständen zu einem Diner eingeladen, das an Pracht in Dresden seinesgleichen suchte. Von Welck kannte die Verstorbene nicht nur seit seiner Kindheit, sie gehörte auch zum Kreis der jungen Damen, die die Bälle der feinen Dresdner Gesellschaft schmückten. Aus Furcht vor der Krankheit verließen in den folgenden Tagen einige Familien die Residenzstadt, obwohl die Wintersaison noch nicht zu Ende war. Am 5. März 1824 verstarb dann auch noch Leo von Könnerritz, ein enger Freund von Welcks, an den Masern.

Landtagsabschied

Der Landtagsabschied am 1. August 1824 war wieder so festlich, wie es die Eröffnung gewesen war. Dennoch trübten die Todesfälle durch Masern bis zuletzt die Stimmung. Nach

der feierlichen Zeremonie im Schloss, zu der von Welck wieder in der Landtagsuniform erschienen war, begaben sich die Stände noch einmal ins Landhaus. Vor einem Plenum aller ständischen Corpora hielt der Landtagsmarschall Graf Bünau noch eine Rede. Er bedankte sich darin auch für die Teilnahme, die die Stände am Verlust seiner Tochter genommen hatten. Dann gingen die verschiedenen Gremien noch einmal in ihre jeweiligen Sitzungssäle. Dort sprachen die Direktoren ein Abschiedswort. In allen »diesen Reden«, schrieb von Welck, »wurde der Trauerfälle mit gedacht die sich während dieser 7 Monate ereignet haben, so daß der heutige Tag ein wahres Erinnerungsfest war!«



Antrittsbesuch des tschechischen Botschafters



Wenige Tage nach seinem Amtsantritt als Botschafter der Tschechischen Republik stattete Tomáš Jan Podivínský Landtagspräsident Dr. Matthias Röbner am 19. Januar 2015 seinen Antrittsbesuch ab und trug sich in das Gästebuch des Sächsischen Landtags ein. Dr. Matthias Röbner freute sich über das Wiedersehen mit dem Dresden-Kundigen Podivínský, der seine Wirkungsstätte von 2005 bis 2009 in der Landeshauptstadt hatte – damals als Generalkonsul.

Aktuell streben die Tschechische Republik und die Bundesrepublik Deutschland eine strategische Partnerschaft an, informiert Podivínský in dem Gespräch. Dafür läge bereits ein Grundlagenpapier im Auswärtigen Amt vor. Der tschechische Botschafter regte an, dass sich der Sächsische Landtag mit konkreten Themenkomplexen daran beteilige.

»Außerdem haben wir vereinbart, den Austausch zwischen dem Sächsischen Landtag und der tschechischen Seite weiter zu fördern, insbesondere zu den Themen Crystal Meth, Bahnverbindung Berlin – Prag, Straßenanbindungen und zur Zusammenarbeit im Bildungsbereich«, so Landtagspräsident Dr. Matthias Röbner im Anschluss an das Gespräch.

US-Generalkonsul zu Gast beim Landtag



Am 4. Februar 2015 stellte sich der neue Generalkonsul der USA, Scott R. Riedmann, bei Landtagspräsident Dr. Matthias Röbner vor. Nach dem obligaten Eintrag ins Gästebuch des Sächsischen Landtags loteten sie während des einstündigen Antrittsbesuchs gegenseitige Möglichkeiten der Unterstützung aus.

Einig waren sich Röbner und Riedmann in der positiven Bewertung der Wirtschaftsbeziehungen zwischen den USA und Sachsen, der weiteren Förderung des Transatlantischen Freihandelsabkommens TTIP sowie in der Freude über die große Zahl von US-amerikanischen Touristen, die den Freistaat besuchen. Diese stellen unter den ausländischen Gästen in Sachsen die größte Gruppe. Gesprächsthema war aber auch die aktuelle Entwicklung in Sachsen rund um Pegida – ein Thema, welches auch in den USA aufmerksam wahrgenommen wird, wie Riedmann berichtete.

Scott R. Riedmann vertritt die Vereinigten Staaten von Amerika als Generalkonsul seit August 2014 in Mitteldeutschland (Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen).

www.landtag.sachsen.de/aktuelles/index.aspx



SERVICE

Abs.: SDV – Die Medien AG, Tharandter Straße 23–35, 01159 Dresden, PVSt. – AG, Entgelt bezahlt, F 13058

Plenarsitzungen des Sächsischen Landtags

11.–12.03.2015
Beginn jeweils 10:00 Uhr

Weitere Plenarsitzungen finden wie folgt statt:

27.–30.04.2015
10.–11.06.2015
08.–09.07.2015
16.–17.09.2015
07.–08.10.2015
19.–20.11.2015
16.–17.12.2015

Der Sächsische Landtag überträgt die Plenarsitzungen live als Videostream auf der Internetseite www.landtag.sachsen.de.

Auch die Tagesordnungen, die Wortprotokolle und die Videoaufzeichnungen finden Sie in unserem Internetauftritt.

Weiterhin werden die aktuellen Debatten der Plenarsitzungen auch im Regional-

fernsehen ausgestrahlt. Nähere Informationen entnehmen Sie bitte dem Programm Ihres Senders. Im MDR-Radio werden die Landtagsdebatten zudem live und digital auf DAB+ auf dem Kanal MDR SACHSEN EXTRA übertragen. Weitere Informationen erhalten Sie unter www.mdr.de.



Weitere Informationen des Sächsischen Landtags

Fraktionen
CDU
Tel. 0351 493-5555
DIE LINKE
Tel. 0351 493-5800
SPD
Tel. 0351 493-5700
AfD
Tel. 0351 493-4201
GRÜNE
Tel. 0351 493-4800

Publikationsbestellung und Leserbrief
Sächsischer Landtag
Veranstaltungen, Besucherdienst und Publikationen
Bernhard-von-Lindenau-Platz 1
01067 Dresden
Tel. 0351 493-5133
info@slt.sachsen.de
www.landtag.sachsen.de

Besucherdienst
Anmeldungen für die Besucherbetreuung und den Besuch von Plenarsitzungen erfolgen unter Tel. 0351 493-5131.

Bürgerfoyer
Öffnungszeiten:
Montag bis Freitag von 10:00 bis 18:00 Uhr;
an Wochenenden und Feiertagen geschlossen.

CHIAVERI – Restaurant im Sächsischen Landtag
Öffnungszeiten:
täglich von 11:00 Uhr bis 23:00 Uhr
Tel. 0351 496-0399

Kein Zugang für elektronisch signierte sowie verschlüsselte elektronische Dokumente.

Eine elektronische Version des Landtagskuriers finden Sie unter www.landtag.sachsen.de/Aktuelles/Landtagskurier.

Die Beiträge der Gastautoren geben nicht zwangsläufig die Meinung der Redaktion wieder.

Diese Publikation wird vom Sächsischen Landtag im Rahmen der parlamentarischen Öffentlichkeitsarbeit herausgegeben. Die Abgabe erfolgt kostenfrei. Eine Verwendung für die eigene Öffentlichkeitsarbeit von Parteien, Fraktionen, Mandatsträgern oder Wahlbewerbern – insbesondere zum Zwecke der Wahlwerbung – ist unzulässig, ebenso die entgeltliche Weitergabe der Publikation.

Impressum Herausgeber: Sächsischer Landtag – Verfassungsorgan des Freistaates Sachsen, Bernhard-von-Lindenau-Platz 1, 01067 Dresden – Der Freistaat Sachsen wird in Angelegenheiten des Sächsischen Landtags durch dessen Präsidenten Dr. Matthias Röbner vertreten. | Redaktion: V. i. S. d. P.: Hans-Peter Maier, Sächsischer Landtag | Redakteur: Uwe Nösner, Sächsischer Landtag | Redaktionelle Mitarbeit: Katja Ciesluk, Martina Findeisen, Thomas Gey, Falk Hentschel, Katrin Lindner, Heiner Ridder (alle Sächsischer Landtag, Anschrift s. o.) | Textbearbeitung und Gestaltung: Ö GRAFIK, Wittenberger Straße 114 A, 01277 Dresden | Druck und Vertrieb: SDV – Die Medien AG, Tharandter Straße 23–35, 01159 Dresden | Redaktionsschluss: 06.02.2015.

Gastautoren: Prof. em. Dr. Eckhard Jesse, 09627 Bobritzsch; Prof. Dr. Josef Matzerath, TU Dresden, Philosophische Fakultät, Institut für Geschichte, Lehrstuhl für Sächsische Landesgeschichte, 01062 Dresden